

Weniger Gewalt, aber viel mehr Diebstähle

Die Kriminalstatistik zeigt: Die Zahl der registrierten Straftaten lag im Kanton Solothurn 2023 auf Rekordniveau.

Urs Moser

Es gibt auch Positives zur polizeilichen Kriminalstatistik zu vermelden. Die Zahl der Gewaltdelikte ist im Kanton Solothurn nach einem Anstieg im Vorjahr wieder rückläufig, sie ist 2023 um 4,5 Prozent gesunken. Insbesondere im Bereich der häuslichen Gewalt (-6 Prozent) und bei Sexualdelikten (-9 Prozent) ist ein Rückgang der Anzeigen festzustellen.

Für Polizeikommandant Thomas Zuber ist dies ermutigend, denn er sieht in den Zahlen eine «tendenziell nachhaltige» Entwicklung, einen Trend. Dies sei erfreulich, da man die Entwicklung aufgrund der gestiegenen Sensibilisierung und Thematisierung in der Öffentlichkeit ja kaum auf ein zurückhaltendes Anzeigeverhalten zurückführen könne, sondern eigentlich eher eine Zunahme hätte erwarten können.

Auch die Aufklärungsquote bei schweren Straftaten ist gestiegen, damit hat es sich dann aber auch mit den positiven Meldungen. Insgesamt wurde im Kanton Solothurn wie in der ganzen Schweiz eine deutliche Zunahme der Straftaten um mehr als 14 Prozent auf 24 308 registriert. Hauptsächlich ist das auf die markante Zunahme der Vermögensdelikte zurückzuführen. Und auch hier müsse man leider von einem Trend ausgehen, so Kommandant Zuber: «Es geht dieses Jahr im gleichen Stil weiter, das beunruhigt uns.»

Die Kriminalitätsbelastung war noch nie so hoch

Insgesamt stieg die sogenannte Kriminalitätsbelastung, ausgedrückt in der Anzahl Delikte pro 1000 Einwohner, von 66,5 auf 77. Damit ist praktisch der Höchstwert aus dem Jahr 2012 erreicht, 2021 lag die Zahl noch bei 52,3. Bei den Vermögensdelikten ist mit 14 295 und einer Zunahme um 18 Prozent sogar der höchste Wert überhaupt seit der Einfüh-



Regierungsrätin Susanne Schaffner und Polizeikommandant Thomas Zuber erläutern die Kriminalstatistik.

Bild: Urs Moser



Fahrzeug-Einbrüche und Diebstähle aus Fahrzeugen haben 2023 deutlich zugenommen.

Bild: Ralph Ribi

rung der schweizweit einheitlichen polizeilichen Kriminalitätsstatistik im Jahr 2008 erreicht.

Hauptsächlich wurden mehr Diebstähle zur Anzeige gebracht, Laden-, Fahrzeug-, Einbruch und Einschleichdiebstähle. Fahrzeug-Einbrüche und Diebstähle aus (oft leichtsinnigerweise auch unverschlossenen) Fahrzeugen haben um

sagenhafte 132 Prozent auf fast 1900 solche Straftaten zugenommen. Erstmals wurden übrigens mehr E-Bikes als herkömmliche Velos gestohlen.

Die Statistik bestätigt, was in der politischen Debatte immer lauter beklagt wird: Die aussergewöhnlich hohen Zahlen haben auch etwas mit der aktuellen Situation im Asylwesen zu

tun, spricht mit Asylsuchenden aus Nordafrika, die hier kriminell werden.

Bei 280 der einer Straftat beschuldigten Personen handelt es sich um Algerier, Marokkaner und Tunesier. Das sind zwar «nur» knapp 8 Prozent aller und knapp 13 Prozent der ausländischen mutmasslichen Straftäter. Aber die Zunahme ist doch frappant: Im Vorjahr waren erst 200 Delinquenten aus den sogenannten Maghrebstaaten registriert worden, 2021 waren es 157 und im Jahr 2018 erst 53.

Der Bund soll eine Taskforce einsetzen

Die markante Zunahme der Vermögensdelikte stelle eine grosse Belastung für die Polizei dar und beschäftige die Bevölkerung in der ganzen Schweiz stark, so Regierungsrätin Susanne Schaffner (SP).

Sie gab bei der Präsentation der Kriminalstatistik bekannt, dass sie diesbezüglich mit einem Antrag in der Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren und

Polizeidirektorinnen aktiv geworden ist. Man verlange vom Bund die Einsetzung einer schweizerischen Taskforce unter Einbezug des Staatssekretariats für Migration. Eine Hauptsorge sind die Pendenzen bei der Bearbeitung der Asylgesuche von Personen aus den betreffenden Ländern, von denen kaum jemand die Aussicht auf Anerkennung als Flüchtling hat.

Mit der Ankündigung reagiert die Solothurner Regierung auch auf den Vorstoss der FDP-Fraktion im Kantonsrat, der vergangene Woche für dringlich erklärt wurde und der neben «Sofortmassnahmen auf kantonaler Ebene» genau auch den Einsatz innerhalb der kantonalen Direktorenkonferenzen für eine Unterstützung des Bundes verlangt.

Verstärktes Engagement gegen Menschenhandel

Das Problem der kriminellen Asylsuchenden aus Nordafrika ist aber gleichwohl auch zu relativieren. So waren zum Beispiel

letztes im Raum Solothurn zwei (schweizerische) Intensivtäter unterwegs, allein einem von ihnen werden 363 Straftaten in 240 Fällen zur Last gelegt.

Aktiv wird die Regierung auch in einem Bereich der organisierten Kriminalität. Hier brauche es eine ämterübergreifende Zusammenarbeit und ein koordiniertes Vorgehen, um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, so Susanne Schaffner. Der Regierungsrat will in diesem Zusammenhang speziell die Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in den Legislaturplan 2025-2029 aufnehmen.

Es sei ein Regierungsbeschluss in Vorbereitung, um eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines Strategiepapiers dazu zu beauftragen, gab Schaffner bekannt.

Die Regierung reagiert hier prompt: Der Vorstoss von EVP-Kantonsrat André Wyss, der genau das verlangt, ist noch gar nicht behandelt.

Schluss mit den Aktenbergen

Solothurn will Vorreiter werden: Der Kantonsrat soll konsequent auf den papierlosen Politbetrieb umstellen.

Daniela Deck

Keine Verwirrung mehr durch überholte Versionen von Vorstössen. Kein fieberhaftes Blätterstapel mehr durch bunte Papierstapel. Nur noch einige gezielte Klicks auf dem Smartphone oder Tablet – und die Vorlage poppt auf dem Display auf. So stellt sich die Leitung des Kantonsrats den Politikbetrieb der Zukunft vor, wie er in einer Mitteilung schreibt.

Damit soll der Kantonsrat landesweit als Vorreiter wirken. Denn es soll keine Hintertüre zu einem Papierversand geben, wie andere Kantone ihn kennen. «Ganz oder nur halb: Diese grundsätzliche Frage zur Digitalisierung haben wir in der Ratsleitung ausgiebig

diskutiert», sagt Kantonsratspräsident Marco Lupi (FDP). Die konsequente Umstellung auf den papierlosen Betrieb habe das Rennen gemacht. «Das ist günstiger und einfacher umzusetzen als jede Hybridlösung», so Lupi.

Pushmeldungen können abonniert werden

Das bedingt eine zweistufige Lösung, unterteilt in einen internen und einen öffentlichen Bereich. Die Kantonsräte und Kantonsrätinnen erhalten zu neuen Legislaturperiode eine App als geschützten Bereich. Dort können sie, durchgehend aktualisiert, nicht nur alle Dokumente abrufen, sondern ihre Vorstösse auch gleich papierlos einreichen.

Die Öffentlichkeit greift weiterhin via Website auf die Unterlagen zu. Doch auch dieser Bereich wird gemäss Projektleiterin Svenja Hofer komplett überarbeitet. So sollen zum Beispiel die Pfade kürzer werden und damit weniger Klicks nötig sein. «Wir achten darauf, dass die Bedienung möglichst selbsterklärend ausgestaltet wird», stellt sie in Aussicht. Im internen wie im öffentlichen Bereich könne man sich über Pushmeldungen zu ausgewählten Geschäften auf dem Laufenden halten, erklärt sie weiter.

Fachwissen überrundet die Parteizugehörigkeit

Damit das System im Mai 2025 umgestellt werden kann, soll diesen Herbst eine erste Schu-

lung der Parlamentarier stattfinden. Eine zweite Schulung ist für die 20 bis 30 Neugewählten nächstes Jahr Mitte März bis Anfang Mai geplant. Eine Testversion der App soll nach Aussage von Ratssekretär Markus Ballmer mit dem Jahreswechsel aufgeschaltet werden.

Damit die Umstellung stattfinden kann, muss die Spezialkommission Digitalisierung das Projekt im Mai behandeln und der Kantonsrat in der Junisession. Für den rechtlichen Rahmen ist es zudem nötig, die Spezialkommission in den Dauerbetrieb zu überführen.

Auch damit betritt das Parlament Neuland: Erstmals entsteht dadurch eine Kommission, die nicht auf dem Parteiproporz basiert. Stattdessen stellt jede

Fraktion eine Fachperson. Damit bekommen kleine Fraktionen Aufwand. «Das haben wir diskutiert», so Ratspräsident Lupi, «aber der grossen Geschichte werden wir nur mit dieser Lösung gerecht.»

Speziell für die Bedürfnisse des Parlaments

Der Kantonsrat lässt sich die Digitalisierung 720 000 Franken kosten. Dieses Budget ist nicht Teil des Transformationsprojekts der Verwaltung (Kostenpunkt: 6,3 Millionen Franken). Für die Parlamentsapp kommt ein System aus St. Gallen zum Zug. «Nach einem aufwendigen Ausschreibungsverfahren mit Bewerbern aus dem In- und Ausland», wie Ratssekretär Ballmer betont. Die Lösung aus St. Gallen

habe den Zuschlag erhalten, weil diese App speziell für das Parlament programmiert worden war und nicht ein Beiprodukt einer Regierungs- oder Verwaltungslösung darstellt, führt der Ratssekretär weiter aus.

